Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 119 — Jahrgang 211

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1.25, für das Vierteljahr Mk. 3.75 frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 1.34, für das Vierteljahr Mk. 4.02, einschließlich der postal. Zustellungsgebühr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. Kostenlose Beilage: „Hallescher Courier".

Mittwoch, 6. März

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Für Halle und Vororte kostet die 40 mm breite Kolonelzeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen 20 Pfg. mit 10% Aufschlag. Auswärtige Anzeigen Zeile 30 Pfg. mit 10% Aufschlag. Reklamen 100 Pfg. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle und allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig 17513.

Geschäftsstelle Leipzigerstraße 61/62. Fernruf Sammelnummer 7801. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5510. Geschäftsstelle 5608 u. 5609. ::: Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. :::

Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung Bernburgerstraße 30. — Fernsprecher Amt Kurfürst Nr 6296. ::: Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale. :::

Die deutsch-russischen Zusatzverträge

Unsere wirtschafts- und rechtspolitischen Beziehungen zu Rußland

Berlin, 5. März. Nach Artikel XI und XII des deutsch-russischen Friedensvertrages ist die Regelung der wirtschaftlichen und der Rechtsbeziehungen besonderen gleichzeitig in Kraft tretenden Verträgen vorbehalten. Ueber den Inhalt dieser Verträge, deren Veröffentlichung gleichfalls demnächst erfolgen wird, erfahren wir folgendes:

Die wirtschaftspolitische Anlage stellt im großen und ganzen den deutsch-russischen Handelsvertrag von 1904 wieder her. Eingelne Aenderungen sind durch den Weltkrieg und durch Rücksichten auf unser Interesse veranlaßt, zum Teil tragen die Unzuträglichkeiten Rechnung, die sich im Laufe der Zeit im deutsch-russischen Handelsverkehr geltend gemacht hatten. Namentlich haben wir durch die Festlegung der freien Durchfuhr die direkte Verbindung im Handelsverkehr über Rußland nach Persien und Afghanistan erreicht, die uns bisher gesperrt war. Von Bedeutung ist ferner, daß jedenfalls bis zum Jahre 1925, bis zu welchem Zeitpunkte auf alle Fälle das vereinbarte Handelsprovisorium in Geltung bleibt, der russische Zolltarif auch so, soweit er bisher gebunden war, nunmehr bindend festgelegt ist und daß wir bis zu diesem Zeitpunkt gegen russische Zollerhöhungen geschützt sind.

Der rechtspolitische Zusatzvertrag verpflichtet Rußland zunächst die Schäden zu ersetzen, die unseren diplomatischen und konsularischen Vertretern und den kaiserlichen Gebäuden bei Ausbruch des Krieges zugefügt worden sind. Sodann werden alle bisherigen Staatsverträge zwischen Deutschland und Rußland, mit Ausnahme politischer Kollektiv-Verträge, an denen unsere Feinde beteiligt sind, grundsätzlich wieder hergestellt. Auch alle deutschen Privatrechte in Rußland, die durch Kriegsgesetze oder durch Gewaltakte verletzt sind, werden hergestellt oder in Geld ersetzt. Besonders ist hier zu erwähnen, daß der russische Schuldendienst gegenüber den deutschen Gläubigern alsbald nach der Ratifizierung des Vertrages wieder aufzunehmen ist und daß die bereits fällig gewordenen Verbindlichkeiten in kurzer Frist zu bezahlen sind.

Ueber den Ersatz der deutschen Vermögenswerte, die nicht durch Kriegsgesetze, sondern durch revolutionäre Enteignungsgesetze beschädigt worden sind, ist unter grundsätzlicher Anerkennung der Entschädigungspflicht eine weitere Vereinbarung vorbehalten. Besondere Bestimmungen sind über die Erledigung der auf beiden Seiten eingerichteten Sequestrationen, Liquidationen und Treuhandschaften getroffen. Hier werden wohlerworbene Rechte Dritter gewahrt.

Der Austausch der Kriegsgefangenen wird im Anschluß an das Petersburger Abkommen geordnet. Art und Zeit der Rückbeförderung bleibt einer gemischten Kommission überlassen, während rein deutsche Kommissionen auf russischem Gebiet sofort den Schutz deutscher Gefangener, Zivilinternierter und Rückwanderer übernehmen. Aufwendungen für Kriegsgefangene werden ersetzt. Die Unterhaltung der Grabstätten gefallener Krieger und gestorbener Gefangener wird gewährleistet. Ein besonderes Kapitel ist dem Schutz der deutschen Kolonisten gewidmet, denen Rußland die Entlassung aus dem Staatsverband, Rückwanderung in die alte Heimat, Schutz des Eigentums und Ersatz für erlittene Unbill zusichert.

Ein weiteres Kapitel regelt die Amnestiefrage; jeder Teil gewährt Straffreiheit den Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Verschickten des anderen Teils, sowie den feindlichen Staatsangehörigen, die seine Kriegsgesetze übertreten haben. Endlich erlangen Straffreiheit die Angehörigen der von Rußland geräumten Gebiete für gewisse militärische und politische Delikte. Dabei werden die militärischen Interessen Deutschlands während des Krieges durch besonderen Vorbehalt gewahrt. Ueber die Behandlung der beiderseitigen Embargo- und Prisenschiffe, sowie ihrer Ladungen werden leitende Grundsätze aufgestellt, Einzelheiten einer gemischten Kommission mit neutralem Obmann überlassen, die in Stettin zusammentritt. Endlich verpflichten sich beide Teile die durch den Krieg unterbrochene Organisation Spitzbergens im Sinne der deutschen Vorschläge durchzuführen.

Die Abreise der Abordnungen in Brest-Litowsk

Berlin, 5. März. Die Abordnung der deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen, türkischen und russischen Regierung bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sind nach Unterzeichnung des Vertrages teils Sonntag, teils Montag abgereist. Die russische Abordnung fährt über Dünaburg und Pleskau. Von den deutschen Herren begeben sich der Gesandte von Rosenberg, Exzellenz von Körner und Exzellenz Kriege vom Auswärtigen Amt, Direktor Schröder vom Reichsschatzamt, Geheimer Legationsrat von Stadthammern und Legationsrat Gaus nach Bukarest, wo sich Staatssekretär von Kühlmann bekanntlich bereits befindet. Wirklicher Geheimer Legationsrat Simons kehrt nach Berlin zurück, ebenso Ministerialdirektor Neukaus vom Handelsministerium. Geheimer Legationsrat Schüler bleibt einstweilen als Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberbefehlshaber Ost in Brest-Litowsk.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 5. März, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 5. März. Amtlich wird verlautbart:

An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Die Operationen zur Herstellung der Ordnung und Sicherheit in der Ukraine nehmen den beabsichtigten Verlauf.

Rumänien hat die Waffenstillstands-Bedingungen der Mittelmächte angenommen.

Der Chef des Generalstabes.

Danktelegramm des Kaisers an Hindenburg

Berlin, 5. März. (Amtlich.) Se. Majestät der Kaiser sandte folgendes Telegramm an den Generalfeldmarschall von Hindenburg:

Nachdem gestern nachmittag der Friede mit Rußland unterzeichnet und hiermit der fast vierjährige Krieg an der Ostfront zu glorreichem Abschluß gelangt ist, ist es mir tiefempfundenes Herzensbedürfnis, Ihnen, mein lieber Feldmarschall, und Ihrem treuen Gehilfen, dem General Ludendorff, Meinen und des deutschen Volkes heißen Dank erneut auszusprechen. Sie haben durch die Schlacht von Tannenberg, durch die Winterschlacht in Masuren und durch die Kämpfe bei Lodz den Grund zu allen weiteren Erfolgen gelegt und die Möglichkeit geschaffen, mittels des Durchbruches bei Gorlice—Tarnow die russische Armee zu weiterem Rückzuge zu zwingen und allen ferneren Anstürmen feindlicher Heeresmassen siegreich standzuhalten, und nun ist der kostbare Siegespreis jahrelangen Ringens in unserer Hand. Unsere baltischen Brüder und Volksgenossen sind von russischem Joch befreit und dürfen sich wieder als Deutsche fühlen. Gott war mit uns und wird weiter helfen. Wilhelm I. R.

Die Neuordnung im Osten

Bern, 5. März. Das „Berner Tagblatt" findet die Friedensbedingungen für Rußland in keiner Weise entwürdigend, wenn auch Großrußland vor einem Monat den Frieden hätte billiger haben können. In Deutschlands Hände sei es gegeben, im Verein mit den neuen Staatsbehörden von Polen, Livland und Estland die Organisation dieser Länder schrittweise vorzunehmen, wobei der Volkswille nach Möglichkeit und dem Stande der Volksbildung entsprechend berücksichtigt wird.

Die Schreckensherrschaft in Helsingfors

Stockholm, 4. März. Nach Meldungen in Stockholms „Tidningen" hat die Schreckensherrschaft der Roten Garde in Helsingfors im Anschluß an die Nachrichten vom Herannahen der Deutschen ihren Höhepunkt erreicht. Die revolutionäre Regierung scheint ihre letzten Kräfte zusammen zu raffen, um sich nach Möglichkeit lange zu halten. Aus Reval sind 5000 gefangene russische Soldaten und Rote Gardisten angekommen. — Nach einer Aeußerung des finnischen Kommissars Sirola, Ministers des Aeußern der revolutionären Regierung, gegenüber einem Mitarbeiter von „Socialdemokraten", trägt diese den Sieg davon, falls Deutschland sich nicht einmischt.

Eine Rote Flotte in Helsingfors

Stockholm, 5. März. Hier eingegangenen Nachrichten zufolge kamen in Helsingfors am 27. Februar vier Kreuzer von Reval an. Zum Schutze des Arbeiterrates in Helsingfors hat die Marine die Gründung einer Roten Flotte beschlossen, die unabhängig vom deutsch-russischen Frieden weiterkämpfen will.

Die englische Botschaft in Helsingfors angekommen

London, 4. März. Wie das Reutersche Büro erfährt, ist das Personal der englischen Botschaft wohlbehalten in Helsingfors angekommen.

Wie Bulgarien beraubt wurde

Sofia, 5. März. „Echo de Bulgarie" veröffentlicht den Text des serbisch-griechischen Geheimvertrages vom Jahre 1913, der die Beraubung Bulgariens zu einer Zeit bestätigt, da dieses mit seinen Armeen die Sache des Balkanbundes verteidigte. Die Veröffentlichung des Vertrages erregt großes Aufsehen.

Verlorener Segler

Amsterdam, 4. März. „Maasbode" meldet, daß der norwegische Segler „Bayoso", 1057 Tonnen, mit Getreide auf dem Wege von Bahia nach Philadelphia auf See verlassen wurde.

Der deutsche Militarismus

Von Oberstleutnant A. Buddecke.

Immer noch rufen es Herr Wilson und die übrigen Wortführer der Westmächte in die Welt hinaus, daß sie den Krieg führen gegen den deutschen Militarismus, das soll heißen gegen eine um den Herrscher gebildete Militärpartei, die eine auf Vorherrschaft und Eroberung gerichtete Politik treibe. Es ist dies eine bewußte Lüge und eine absichtliche Verdrehung des Tatbestandes zu dem Zwecke, sich vor der Welt den Schein des Rechtes zur Fortführung des Krieges zu geben und die eigenen Völker zu immer neuen Kraftanstrengungen aufzupeitschen. Die feindlichen Machthaber wollen eben noch keinen Frieden, da sie trotz aller Schwächung ihrer Staaten immer noch die Hoffnung hegen, den Krieg zu gewinnen und ihre ursprünglichen Kriegsziele, die auf die völlige Niederwerfung und Unterdrückung der Mittelmächte ausgehen, zu erreichen. Diese Hoffnung gründen sie weniger auf den Erfolg ihrer Waffen, als auf die Wirkung innerer Erschütterungen durch die Not oder agitatorische Umtriebe. Hierauf zielt die Kampfansage des Herrn Wilson gegen den deutschen Militarismus, die keine andere Absicht verfolgt, als einen Keil zwischen Volk und Regierung zu treiben und so die gegnerischen Staaten zu revolutionieren. Aus diesem Grunde begrüßte er auch die russische Revolution als ein „ermutigendes und hoffnungsvolles Ereignis", und daher bediente er sich jener der französischen Revolution entlehnten Phrasen von der Freiheit, Gleichheit, Selbstregierung usw., die er als die Grundbedingungen für eine neue Weltordnung und den ewigen Frieden verkündet.

Das deutsche Volk durchschaut dieses falsche Spiel! Wir wissen, daß der Friedensbruch nicht auf unserer Seite war, und die Welt hat es aus belgischen Akten, dem Suchomlinow-Prozeß und den Petersburger Geheimverträgen erfahren. Für einen Eroberungszweck wäre unser Volk nicht mit einer solchen Einmütigkeit dem Kriegsruf seines Kaisers gefolgt, und würde es nicht sein Letztes herzugeben bereit sein. Wenn unsere Regierung Eroberungsabsichten hätte, würde sie nicht mitten in den Kämpfen schon wiederholt den Gegnern die Hand zum Frieden geboten haben, von dem sie doch annehmen konnte, daß er nicht auf Grund von Gebietszuwachs zu haben sein würde. Es ist eine völlig willkürliche Annahme, daß in Deutschland die Entscheidung über Krieg und Frieden bei einer „Gruppe" liege, die für selbstsüchtige Zwecke „Millionen von Menschen in den Tod sendet".

Im deutschen Volk weiß jeder, daß wir diesen Krieg in reiner Abwehr für den Bestand unseres Reiches und für eine freie Entwickelung unseres Wirtschaftslebens, womit das persönliche Schicksal jedes Einzelnen auf das engste verknüpft ist, bis zum siegreichen Ende zu führen haben. Aber die tiefer Blickenden erkennen doch auch, und das besonders aus den Aeußerungen Wilsons, daß hier zwei verschiedene Welt- und Lebensanschauungen im Kampfe liegen, und daß es gilt, altbewährte Kulturgüter, die dem deutschen Volke heilig sind, gegen den zerstörenden Einfluß neuer Zeitströmungen zu schützen:

Wir kämpfen für die nationale Idee, für die Bewahrung völkischer Eigenart im Gegensatz zum Kosmopolitismus und Internationalismus.

Wir kämpfen für das tief im germanischen Wesen wurzelnde Volkskönigtum, für das monarchisch-konstitutionelle Regierungsprinzip, gegen eine republikanische oder kommunistische Staatsordnung.

Wir kämpfen für die wahre Gemeinschaft der Staatsangehörigen, die sich mit Bewußtsein und innerer Freiheit dem Staatsganzen einfügen, für die Erhaltung staatlicher Zucht und Ordnung gegenüber einer nur gesetzlich zusammengehaltenen Gesellschaft, einem Mißbrauch der Freiheit und einer Selbstherrlichkeit des Individuums, die zu Zügellosigkeit und Anarchie führen muß.

Wir kämpfen für ein verinnerlichtes religiöses Leben, für das Vorwalten von Herz und Gemüt gegen eine im Aeußerlichen erstarrte Kirchlichkeit, Irreligiosität und kalte Verstandestätigkeit.

Wir kämpfen für eine ideale Lebensanschauung, für die Geltung innerer Werte, Abstufung nach Wesen und Verdienst gegenüber dem Materialismus, Utilitarismus, einer öden Gleichmacherei und geistigen Verflachung.

Wir kämpfen für die Pflege und Veredelung des persönlichen Lebens, für die Pflicht als Lebensprinzip, für Selbstzucht, Sittlichkeit und Aufrichtigkeit gegenüber der Selbstsucht, rein äußerlicher Arbeitsdisziplin, einem auf Genuß gerichteten Leben der Heuchelei, Lüge und Phrase („cant").

Aus dieser Wesenheit des deutschen Volkes erklärt sich sowohl seine Stellung zum Kriege, wie seine Kultur im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191803061-11/fragment/page=0001

Kriege. Gegenüber einer unfruchtbaren pazifistischen Bewegung bekennen wir uns zum Kriege als einem zwar furchtbaren, aber heilsamen Weltvorgang, der die Völker auf Herz und Nieren prüft und der gesunden Kraft, der Wahrheit und dem Recht zum Siege verhilft. Und wir schätzen den Kriegsgeist, wie er sich in der selbstlosen Hingabe des Einzelnen an die große gemeinsame Sache offenbart, höher ein als die Kriegstechnik, die „rage du nombre" und die „silbernen Kugeln".

Das ist der Geist, den Herr Wilson und seine Verbündeten bekämpfen. So sieht unser falsch verstandener und vielgeschmähter Militarismus in Wirklichkeit aus. Dieser Geist ist mit nichten das Privileg einer „Militärkaste", er ist vielmehr so alt wie das Volk und die Welt und wird getragen von den Besten der Nation in Wort und Schrift und Tat. Es ist der deutsche Geist von 1813, 1870 und 1914, der nicht durch die Waffen, nicht durch Ränke, am wenigsten durch die Wilsonschen Weltbeglückungstheorien zu besiegen ist. Man müßte schon das ganze deutsche Volk vernichten, wenn man ihm diesen Geist aus der Seele reißen wollte.

Lord Lansdowne zur Rede des Reichskanzlers

London, 5. März. (Reuter.) In einem im „Daily Telegraph" von Lord Lansdowne veröffentlichten Brief spricht dieser darin die Ueberzeugung aus, daß Hertlings Rede den deutlich erkennbaren Wunsch enthalte, daß verantwortliche Vertreter der Kriegführenden zu einer Diskussion zusammentreten mögen, und daß ein allgemeiner Frieden auf der Grundlage der vier Wilsonschen Prinzipien diskutierbar sei. Außerdem enthalte die Rede die Versicherung, daß der Kanzler einen unparteiischen Schiedsgerichtshof freudig begrüße und daß Deutschland nicht daran denke, Belgien zu behalten oder es zu einem Bestandteil des Deutschen Reiches zu machen. Lansdowne hält Hertlings Annahme der vier Wilsonschen Prinzipien für im ganzen befriedigend. Lansdowne unterzieht die päpstliche Note vom 1. August 1917, die Hertling zitierte, einer Prüfung und sagt, die wesentlichen Sätze in der Note seien: Belgien muß vollständig geräumt und es muß ihm gegenüber allen Mächten seine volle politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert werden.

Lansdowne weist darauf hin, daß eine Grundlage für eine Uebereinstimmung der vier Wilsonschen Prinzipien, bezüglich des internationalen Schiedsgerichtshofes und nach seiner Ansicht auch bezüglich Belgiens vorhanden sei. Viel größer würden die Schwierigkeiten, wenn man an die Ansprüche auf Gebietsübertragungen von einer Macht auf die andere herantrete. Solche Schwierigkeiten ergäben sich bezüglich Elsaß-Lothringens und bezüglich Italiens. Ansprüche auf gewisse österreichische Gebiete, sowie bezüglich der britischen Ansprüche auf gewisse Teile des türkischen Reiches. Lansdowne glaubt, daß es unvermeidlich ist, diese letzteren Fragen einem Friedenskongreß zu unterbreiten, der, wie Lloyd George sagte, am Ende des Krieges abgehalten würde. Zum Schluß erklärt Lansdowne, daß auch die Frage der deutschen Kolonien einem solchen Kongreß vorbehalten werden müsse.

Italiens schwierige Lage

Rom, 4. März. „Agenzia Stefani." Im Senat erklärte im Verlauf der Erörterung über die Mitteilungen der Regierung der Verpflegungskommissar auf die Ausführungen verschiedener Herren, daß die Bevölkerung sich darauf vorbereiten müsse, mit Festigkeit einer schwierigen Lage die Stirn zu bieten. Die verschiedenen alliierten Nationen hätten den Grundsatz der Gleichheit der Opfer angenommen. Bezüglich der Kohlenfrage gab der Kommissar bekannt, daß die notwendige Mindestmenge Italiens an Kohlen 690 000 Tonnen monatlich betrage. Der Verbrauch der Zivilbevölkerung sei seit dem 16. Februar um 10 Proz. herabgesetzt worden, eine Herabsetzung von 50 Proz. war bereits in Kraft. Die Verminderung des Verbrauches sei eine Pflicht gegen das Vaterland. Ministerpräsident Orlando gab bekannt, daß zur Prüfung der Frage der Verhältnisse nach dem Kriege die Ernennung einer Sonderkommission ins Auge gefaßt sei, die dem Ministerpräsidenten unmittelbar unterstellt werde. In der gleichgünstigen Aufnahme der Regierungserklärung in Kammer und Senat sehe die Regierung eine Uebereinstimmung der Ansichten zwischen Regierung und Parlament.

*

Rom, 4. März. (Agenzia Stefani.) Schatzminister Nitti erklärte im Senate, daß sich die allgemeinen Ausgaben Italiens vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1917 auf 44,478 Milliarden belaufen.

Amerikas Kriegsausgaben und Schiffsbauten

Washington, 2. März. (Reuter.) Der Schatzsekretär Mac Addo veröffentlicht einen Bericht für Februar, wonach die Kriegsausgaben in diesem Monat 1 002 878 608 Dollar betragen, wovon 325 Millionen Dollar an die Alliierten verliehen wurden. Addo kündigte für Anfang April eine neue Freiheitsanleihe an. Die Staatskommission für militärische Angelegenheiten empfahl eine Gesetzgebung, durch die der Präsident die Kontrolle über die amerikanische Holzindustrie erhält. Wilson unterzeichnete ein Gesetz, durch das 50 Millionen Dollar zur Beschaffung von Wohnungen für die Angestellten der Schiffsbauindustrie bewilligt werden. In der zweiten Hälfte 1917 wurde die amerikanische Handelsflotte um 399 Schiffe vermehrt, wobei die großen deutschen Schiffe, wie „Vaterland", die von der Kriegsmarine übernommen wurden, nicht mitgezählt sind.

Die neue Hetze Pichons

Amsterdam, 5. März. „Standard" schreibt zu den Enthüllungen Pichons: Die deutsche Forderung war nach unserer Ansicht sehr begreiflich. Welche Garantie hätte Deutschland sonst, daß es nicht plötzlich bedroht werden würde, wenn die Meinung in Frankreich eines Tages umschlüge. Aber in Frankreich sieht man in dem ersten jetzt veröffentlichten Telegramm Bethmann Hollwegs ein vernichtendes Zeugnis für eine zynische Erpressungsforderung, die den Zweck hatte, das friedliebende Frankreich zu überwältigen und seine Grenzverteidigung außer Kraft zu setzen. So berichtet wenigstens „Havas", und wenn man es den guten Patrioten so darstellt, werden sie es auch wohl glauben.

Französischer Heeresbericht

vom 4. März nachmittags meldet u. a.: Lebhafter Artilleriekampf während der Nacht in Gegend Beaumont Bezonvaux, im Oberelsaß bei Ban de Sapt und östlich Largitzen. In der Gegend von Bures entspann sich ein lebhafter Kampf, in dessen Verlauf die Franzosen die Deutschen zurückschlugen, die empfindliche Verluste erlitten. Bei Meho erlitten die Deutschen gleichfalls eine Schlappe.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 5. März 1918.

Präsident **Graf Schwerin-Löwitz** eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er hervorhob, daß der infolge des entschlossenen Vormarsches unserer Truppen am 3. d. M. unterzeichnete formelle Friedensvertrag mit Rußland zweifellos von weitesttragender weltgeschichtlicher Bedeutung sei. Abgesehen von dem ungeheuren strategischen Vorteil, der uns nunmehr gestattet, unsere Operationen allein auf die Westfront zu konzentrieren, lasse sich für die Zukunft, wenigstens bei einer entschlossenen Auswertung der mit diesem Friedensvertrage erkämpften neuen Gerechtsame, eine wesentlich verstärkte Sicherung der bis dahin am unmittelbarsten gefährdeten Ostgrenze des Königreichs Preußen erhoffen.

In einem Glückwunschtelegramm, das der Präsident gestern im Namen des Hauses an den Kaiser und König gesandt hat, hat er der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es dem Kaiser vergönnt sein möge, unserem Volke zu diesem Teilfrieden bald einen gleichen, siegreichen, allgemeinen deutschen Frieden mit allen seinen Feinden bereiten zu können.

Zum Schluß wies der Präsident darauf hin, daß wir auch diesen neuen Erfolg in erster Linie unzweifelhaft den unvergleichlichen Heldentaten unserer Truppen und ihrer genialen Führung verdanken. Auch im Westen werde, so hoffe er, unseren Waffen Gottes Hilfe zum baldigen vollen Endsieg beschieden sein.

Auf der Tagesordnung stand die **Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung** in Verbindung mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über die Erhebung von Kriegszuschlägen im Güter- und Tierverkehr der Staatseisenbahnen.

Auf Beschluß des Hauses wurde zunächst über die Tarifvorlage verhandelt.

Abg. Dr. **Macco** (Natl.): Wegen der hohen Mehrausgaben der Eisenbahnverwaltung stimmen wir trotz Bedenken im Einzelnen der Vorlage zu.

Abg. **Graf v. d. Groeben** (Konf.): Wir haben schwere Bedenken, daß die erhöhten Tarife die Landwirtschaft schädigen werden, besonders beim Bezug von Rohstoffen.

Abg. **Dr. Schmedding** (Zentr.): Wir stimmen der Vorlage zu, ebenso dem Kommissionsbeschluß, daß keine Bindung der Zuschläge auf 15 Prozent erfolgt, sondern gesagt wird, bis 15 vom Hundert.

Eisenbahnminister **Dr. v. Breitenbach**: Wir sind nur schweren Herzens an die Tariferhöhungen herangegangen. In der Kommission habe ich über die finanzielle Lage der Staatseisenbahnen eingehenden Aufschluß gegeben und dabei nichts verschwiegen. Die Regierung glaubte rechtzeitig eingreifen zu müssen, um nicht den gesamten Staatshaushalt ins Schwanken zu bringen. Die Gegenwart stellt an die Eisenbahnverwaltung ganz außerordentliche Anforderungen, aber von der Leitung bis zum jüngsten Arbeiter gibt jeder her, was er geben kann. Darum glauben wir an unsere Zukunft. Dieser Glaube wird dauernd gestärkt durch die ungeheuren Erfolge, die Deutschland in diesem Weltkriege erzielt und neuerdings durch das welterschütternde Ereignis des Friedensschlusses in Brest-Litowsk erzielt hat. Wir bereiten im eigentlichen Sinne des Wortes die Zukunft vor. Zu diesen Zukunftsfragen gehört auch die: wird die Staatseisenbahnverwaltung auf wirtschaftspolitischem Gebiete das, was man von ihr erwartet und was sie seinerzeit zugesichert hat, auch erfüllen? Ich wiederhole hiermit das, was ich schon in der Kommission ausgeführt habe, ausdrücklich und in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Finanzminister. Es kann die Eisenbahnverwaltung keinen anderen Endzweck haben, als unser wirtschaftliches Leben auf jede Weise zu fördern. Da tritt in den Vordergrund die Verkehrs- und Tarifpolitik, die es sich zur Aufgabe machen muß, die Beförderung der Roh- und Betriebsstoffe zu stützen durch die Tarifgestaltung, die Konkurrenz unserer Häfen und großen Verkehrswege gegen ausländischen Wettbewerb zu schützen und, das ist nicht das Unwesentlichste, unsere Ausfuhr mit allen erdenklichen Mitteln zu unterstützen. Die Eisenbahnverwaltung und mit ihr der Finanzminister denken in diesen Fragen nicht fiskalisch. Es wird nach dem Frieden eine sehr sorgfältige Nachprüfung unseres gesamten Tarifsystems erfolgen müssen. Wir können der Zukunft, soweit es sich um die Förderung und Unterstützung unseres Wirtschaftslebens und unserer Staatseisenbahnen handelt, mit Zuversicht entgegensehen. (Beifall.)

Abg. **Dr. Rewoldt** (Freikonf.): Wir nehmen an, daß für die Einbringung der Vorlage keine fiskalischen Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind, sondern nur die Förderung des wirtschaftlichen Lebens durch Stützung der Ausfuhr.

Abg. **Lippmann** (Fortschr. Vpt.): Man kann nicht unter den Selbstkosten arbeiten. Dieser Grundsatz ist bei unseren Eisenbahnen bereits gefährdet. Wir stimmen der Vorlage zu.

Abg. **Hofert** (Unabh. Soz.): Ein 15prozentiger Zuschlag belastet schwer das Volk, namentlich die arbeitenden Klassen. Wir lehnen die Tarifvorlage ab.

Damit schloß die Debatte.

Abg. **Braun** (Soz.) beschwerte sich darüber, daß der Abg. Leinert (Soz.), der sich zum Wort gemeldet habe, nicht auf die Rednerliste gesetzt worden sei.

In der Erörterung darüber, ob die Sozialdemokraten und die unabhängigen Sozialdemokraten als zwei Gruppen einer Partei oder als zwei verschiedene Parteien anzusehen seien, berief sich Präsident **Graf Schwerin-Löwitz** für seine Annahme der ersteren Möglichkeit auf eine Entscheidung des Senioren-Konvents, dem er auf eine konservative Anregung die Frage zur nochmaligen Prüfung unterbreiten wird.

Der Gesetzentwurf wurde in der Kommissionsfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Hierauf berichtete Abg. **Hirsch-Essen** (Natl.) über wirtschaftliche und finanztechnische Fragen des Eisenbahnetats.

Die Kommission beantragte, das Abkommen betreffend die Trennung der Eisenbahnfinanzen und der allgemeinen Staatsfinanzen um zwei weitere Jahre zu verlängern.

Nach Kommissionsberichten der Abgg. Dr. **Macco** (Natl.) und **Brütt** (Freikonf.) erklärte

Abg. **Graf v. d. Groeben** (Konf.): Wir sprechen den Beamten der Eisenbahnverwaltung Dank und Anerkennung aus für die aufopferungsvolle Pflichttreue während des Krieges. Auch den Frauen im Eisenbahndienst danken wir. Der Verlängerung des Finanzabkommens stimmen wir zu. Die Nachricht von der Erbeutung von 800 Lokomotiven und 8000 Eisenbahnwagen im Osten haben wir freudig begrüßt. Es ist jetzt nicht mehr möglich, daß wir vom Feinde ausgehungert werden.

Abg. **Dr. Schmedding** (Zentr.): Ich vertraue darauf, daß bei dem gesunden vaterländischen Sinn der Mehrzahl der Eisenbahner die Aufhetzungsversuche gewisser Preßorgane keinen Erfolg haben werden. Das Abgeordnetenhaus wird stets bestrebt sein, die Lage der Eisenbahnbediensteten zu verbessern. Eine Verminderung der Unfälle muß mit allen Mitteln angestrebt werden.

Abg. **Dr. v. Woyna** (Freikonf.): Wir schließen uns dem Dank der Vorredner an die Beamten an. Wir freuen uns über das gute Verhältnis zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Militärverwaltung. Ein aus einer parlamentarischen Partei hervorgegangener Eisenbahnminister ist undenkbar.

Minister v. Breitenbach: Ich danke den Vorrednern für die Anerkennung der Leistungen des Eisenbahnpersonals, dessen Stimmung im ganzen fest und geschlossen ist. Die Verwaltung ist bemüht, im Kampfe einzelner Verbände gegen einander ausgleichend zu wirken. Sie trägt den Ansprüchen des Personals auf Verbesserung des Einkommens Rechnung. Bei den Klagen über die verschiedenen Unbequemlichkeiten des Reisens ist zu berücksichtigen, daß das gegenwärtige Personal nicht so geschult ist wie das frühere. Es sollen Eilzüge mit Wagen vierter Klasse auch dem Arbeiterverkehr zur Verfügung gestellt weden. Wir werden bei aufreizenden Presseartikeln nicht die Grenze überschreiten lassen, die eine geordnete Verwaltung fordern kann. Heeresverwaltung und Eisenbahnverwaltung müssen Hand in Hand miteinander arbeiten. Reibungen müssen wir unter allen Umständen vermeiden.

Weiterberatung Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Die Intervention Japans in Sibirien

London, 5. März. Reuter. „Daily Mail" meldet, daß die Verhandlungen über die Intervention Japans in Sibirien vermutlich in den nächsten vierundzwanzig Stunden beendet sein werden. Die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Tokio beabsichtigten gestern, gemeinsame Vorstellungen zu machen und zu ersuchen, daß Schritte zum Schutz der Interessen der Alliierten in Sibirien unternommen werden. Man glaubt nicht, daß der Botschafter der Vereinigten Staaten in Tokio an diesen gemeinsamen Vorstellungen teilnehmen wird. Es ist aber von seiten der Vereinigten Staaten keine Opposition zu erwarten.

Washington, 5. März. Man glaubt, daß die militärische Aktion Japans in Sibirien unmittelbar bevorstehe. Die amerikanische Regierung hat keinerlei Erklärungen abgegeben. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß die Japaner mit Rücksicht auf die bringende Notwendigkeit rasch vorgehen und gleichzeitig die diplomatischen Verhandlungen fortsetzen werden, um mit den Vereinigten Staaten und den Alliierten sich über den Umfang und das Ziel der Aktion zu einigen.

Paris, 4. März. Der Konferenzausschuß für auswärtige Angelegenheiten hörte Ausführungen Pichons über die diplomatische Lage und über die Verhandlungen zwischen Rußland und Japan an. Nach Schluß der Sitzung gaben Mitglieder des Ausschusses, ohne genauere Auskunft geben zu wollen, zu verstehen, es habe den Anschein, daß alle Alliierten übereingekommen seien, Japan die Intervention in der Mandschurei und Sibirien zu überlassen.

Die Schreckensherrschaft der schwarzen Liste

Ueber die englische Kontrolle des norwegischen Geschäftslebens schreibt das schwedische Blatt „Södermannlands Nyheter" vom 19. Februar: Daß die englischen Schwarzen Listen in dieser Zeit der Importschwierigkeiten auf das Geschäftsleben der skandinavischen Länder einen besonders großen Einfluß ausüben, ist allen bekannt. Ebenso bekannt ist, welche Fähigkeit die Engländer besitzen, den mit ihnen verknüpften Zweck wirkungsvoll zu gestalten. . . . Hier (in Norwegen) gehen die englischen Agenten ganz ruhig zu den Firmen hin und verlangen, ihre Bücher zu sehen, und man wagt nicht, sie abzuweisen. Warum? Weil England für seinen Kohlenexport nach Norwegen fordert, eine für das Ernährungsleben des Landes schädliche Kontrolle ausüben zu dürfen. Dadurch wiederum befestigt es seine Stellung als Vermittler beim Zukunftshandel. Wenn nun der eine oder andere Posten den Verdacht des hohen Kontrollierenden erregt, so wird die Firma auf die Schwarze Liste gesetzt, sie wird „blacklisted"; das bedeutet, daß es unmöglich gemacht wird, Waren zu erhalten, die von England kommen oder England passieren müssen. . . . Oft genug kommen die norwegischen Geschäftsleute auf die Liste, ohne eine Ahnung von dem Grund zu haben. . . . Eine Menge tragikomischer Beispiele werden über die Schreckensherrschaft erzählt, die England in Norwegen ausübt.

Eine Firma hatte zu Anfang des Krieges eine Ware für 1⅗ Millionen Kronen von einem transozeanischen Hafen gekauft. Die Ware wurde nach England gezwungen und dort zurückgehalten, kam vor das Prisengericht und wurde freigegeben. Nichtsdestoweniger wurde sie nicht ausgeliefert. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, das die Firma auf der Schwarzen Liste stände. Der Besitzer ahnte nicht, weshalb und wandte sich an die englische Gesandtschaft, das norwegische Auswärtige Amt, die norwegische Gesandtschaft und das „Foreign Office" in London, reiste einmal über das andere hin und wünschte auf jeden Fall zu wissen, was er Böses getan habe. „Foreign Office" verwies ihn an die englische Gesandtschaft, die jegliche Aufklärung verweigerte. Sie bedauerte jedoch, dem Betreffenden mitteilen zu müssen, daß sein Name nicht von der Liste gestrichen werden könne, und daß eine Anfrage bei der englischen Regierung nichts nützen würde. Damit basta! Der Mann verlor einige Hunderttausende. Er bekam seine Ware nicht, sein großes Geschäft war ruiniert." . . . Dieser Fall zeigt hinreichend deutlich, welchem Schicksal wir in Schweden wenigstens in diesem Umfange und in dieser demütigenden Form glücklich entgangen sind dank der männlichen Beschlusses unserer früheren Regierungen, Schwedens Würde und Unabhängigkeit nicht zum Einsatz für irgend welche Vorteile seitens Englands werden zu lassen, wie gewichtig auch diese mit Rücksicht auf die Teuerungszeit hätten sein können."

Englischer Heeresbericht

vom 4. März morgens meldet u. a.: Australische Truppen drangen in die feindlichen Gräben bei Warneton ein, brachten 11 Gefangene und ein Maschinengewehr zurück, nachdem sie mindestens 50 Feinde niedergemacht und mehrere Unterstände zerstört hatten. Unsere Truppen drangen an verschiedenen Stellen in die deutschen Linien ein und erreichten in jedem Falle ihr Ziel, aber ohne Gefangene zu machen, weil sich die feindliche Besatzung zurückgezogen hatte. Kurz vor Tagesanbruch heute morgen entwickelte feindliche Artillerie beträchtliche Tätigkeit im Abschnitt von Lens.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191803061-11/fragment/page=0002
DFG

Die amerikanische Heereshilfe für den Vielverband

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Zum zweiten Male erleben wir es bei unseren Feinden in diesem Kriege, daß ein kriegsbrauchbares Heer von einem längst in den Krieg eingetretenen Lande erst aufgestellt werden muß. England hatte schon ein kleines Heer, das eine gute Grundlage für den weiteren Ausbau bilden konnte, während in Amerika so gut wie nichts vorhanden war. In England war der Krieg durchaus volkstümlich. Man konnte sich auf die breiten Massen des Volkes stützen, aus denen so viel Freiwillige zu den Fahnen strömten, daß der Bedarf an Menschen zunächst vollkommen gedeckt werden konnte. Erst als diese Quelle zu versiegen begann, mußte man zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht schreiten, was freilich gegen alle Ansichten der Engländer über die Freiheit verstieß und daher nur gegen den heftigsten Widerstand durchzuführen ging. In Amerika liegt der Krieg dem Volke ziemlich fern. Was hier und da auflodert und als Kriegsbegeisterung ausgegeben wird, ist nichts als künstliche Mache. Daher war es von vornherein ganz aussichtslos, die benötigten Menschenmassen durch freiwillige Rekrutierung aufzubringen. Man legte also in dem angeblich demokratischsten Lande der Welt dem Volke die allgemeine Wehrpflicht einfach auf. Menschenmassen stehen Amerika zur Verfügung. Damit ist es aber noch lange nicht getan. Die Massen müssen auch zu kriegsbrauchbaren Kämpfern ausgebildet werden, was um so schwieriger ist, je weniger Begeisterung die Rekruten mitbringen. Das „amerikanische Heer“ erfreute sich im Lande der denkbar geringsten Achtung. Der praktische, nur auf Gelderwerb ausgehende Amerikaner konnte es nicht begreifen, daß es Leute gab, die sich einem Stande widmeten, der ihnen nur eine geringe Besoldung gewährte und für ihr Fortkommen keine Aussichten bot. Daß derartige Anschauungen auf das Offizierkorps und seinen Ersatz ungünstig einwirken mußten, bedarf keines Beweises. Niemand von den Offizieren hatte die Neigung, sich kriegswissenschaftlich weiterzubilden. Wozu auch? Um gegen mexikanische Strauchdiebe zu kämpfen, bedarf es weiter keiner großen Kenntnisse, und um auf aufständische Arbeiter zu schießen, zu welchem Dienste die amerikanische Macht mit Vorliebe verwendet wurde, genügten einige Kommandos. So fehlt also in Amerika die Hauptsache: das Ausbildungspersonal. Ob dieses von den europäischen Verbündeten in genügender Zahl gestellt werden kann, erscheint mindestens zweifelhaft, da es sich immer um Hunderttausende handelt, die gleichzeitig ausgebildet werden müssen.

Dazu kommt noch, daß die Artillerie erst in Frankreich ihr Geschütz, mit dem sie kämpfen soll, bekommen kann. Es gab unzählige Fabriken, die sich mit der Anfertigung von Kriegsgerät beschäftigten, aber sie erledigten nur die Bestellungen aus England und Frankreich. Der Gedanke, auch für die Bedürfnisse des eigenen Heeres zu sorgen, lag den Amerikanern ganz fern. Das Geschäft ging unter allen Umständen vor, wenn es auch von Anfang an klar war, daß Amerika spätestens dann in den Krieg eingreifen würde, wenn es gelten würde, den Sieg der Mittelmächte zu verhindern. Als dann die Kriegserklärung folgte, war es unmöglich, die nötige Zahl von Geschützen herzustellen. Man mußte also die Geschütze in Frankreich bestellen, und da dieses jetzt nur auf die Anfertigung seines eigenen Geschützmodells eingerichtet ist, mußte dieses unbesehen angenommen werden. Die amerikanische Artillerie kommt also ohne Geschütze in Frankreich an und wird erst hier an dem ihr völlig unbekannten französischen Geschütz ausgebildet — eine Erschwernis, die für lange Zeit auf ihre Leistungen ungünstig einwirken muß und der französischen Artillerie ein starkes Ausbildungspersonal entzieht.

In anderer Beziehung sind die Amerikaner den Engländern gegenüber im Vorteil. Sie können alle Erfahrungen voll ausnutzen, und in vielen Dingen, die sich schlechterdings nicht „improvisieren“ lassen, können sie auf die Hilfe ihrer Verbündeten rechnen. Die Absichten der Amerikaner sind noch immer unklar. Die schwindelnd hohen Zahlen, mit denen sie um sich werfen, tragen den untrüglichsten Stempel der Erfindung. Was bisher nach Frankreich hinübergeschafft worden ist, wurde dem stehenden Heere entnommen. Wenn die Amerikaner, die bis jetzt in Frankreich gelandet sind, auf 150 000 Mann geschätzt werden, so sind darunter die Eisenbahner und das technische Personal überaus zahlreich. Nach einer schwedischen Schätzung haben im Oktober 1917 in Amerika oder Frankreich im ganzen 1 800 000 Mann unter den Waffen gestanden. Das klingt sehr gefährlich, aber es wird abzuwarten bleiben, wieviel davon nach Frankreich kommen, da Amerika schon mit Rücksicht auf Mexiko nicht ganz von Truppen entblößt werden darf. Dann darf man nicht vergessen, daß diese „improvisierten“ Truppen aus einem Lande ohne jegliche militärische Ueberlieferung in Europa deutschen Truppen mit vieljähriger Kriegserfahrung gegenübertreten sollen.

Das Großherzogliche Haus Mecklenburg

Durch den Tod des Großherzogs Adolf Friedrich in Neustrelitz sind unsere Augen mehr denn je auf das Haus Mecklenburg hingerichtet worden. Die ununterbrochene Stammreihe des Hauses beginnt mit Niklot, dem Fürsten der Obotriten, Herrn zu Schwerin, gestorben 1160. Sein Sohn Pribislav, Fürst zu Mecklenburg, starb auf einem Turnier zu Lüneburg am 1. Oktober 1178. Dessen Descendent Albert I. wurde von Kaiser Karl IV. am 8. Juli 1348 zum Herzog von Mecklenburg erhoben. Adolf Friedrich, Herzog zu Mecklenburg, gestorben am 27. Februar 1658, begründete die alte Linie zu Schwerin. Von seinen 10 Söhnen (er hatte außerdem 9 Töchter) setzten nur Friedrich und Adolf Friedrich II. ihren Stamm bis auf die Gegenwart fort.

Christian Ludwig II. (Adolf Friedrichs Enkel), gestorben am 30. Mai 1756, ererbte Schwerin 1692 und Güstrow 1695. Er ist der Stammvater des Schweriner Großherzoglichen (seit 14. Juni 1815) Hauses. Adolf Friedrich II. (jüngster Sohn Adolf Friedrichs I.), gestorben am 12. Mai 1708, ist der Stammvater des Strelitzer Großherzoglichen (seit 28. Juni 1815) Hauses. Der Erbvertrag nach dem Recht der Erstgeburt stammt vom 8. Märt 1701. **Gg. S.**

Provinz Sachsen und Umgebung

x. **Brachwitz**, 5. März. (Als Kirchenältester) ist am 3. März Herr Inspektor L. Beckmann in sein Amt eingeführt worden.

— **Mansfeld**, 5. März. (In einer Sitzung der kirchlichen Gemeindevertretung) wurde bekanntgegeben, daß Freiherr von der Recke das bisher von ihm verwaltete Stiftungsvermögen für die Diakonissenstation in Mansfeld in Höhe von 11 000 M. der Kirchengemeinde als Geschenk übergeben hat.

— **Ströbeck b. Halberstadt**, 5. März. (Pastor Lühder aus Greifswald) wurde mit großer Mehrheit zum Pfarrer gewählt. Neben ihm standen zwei bedeutende Berliner Pfarrer zur Wahl.

t. **Merseburg**, 5. März. (Kriegsstiefel mit Vollholzsohlen für landwirtschaftliche Arbeiter) kommen seitens der Kreisverwaltung monatlich zur Verteilung, und zwar 100 Paar. Die Abgabe erfolgt gegen Bezugskarten vom Kreise.

t. **Merseburg**, 5. März. (Beträchtliche Geflügeldiebstähle) wurden mittels Einbruchs an zwei Stellen in Collenbey und auf dem Rittergut Schkopau ausgeführt. In letzterem Falle sind für über 1000 M. Hühner usw. gestohlen worden. Die bestohlene Gutsverwaltung setzt auf die Ermittelung der Täter 300 M. Belohnung aus.

Landwirtschaftliches

Zur Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Der Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft (Deutscher Landwirtschaftsrat, Bund der Landwirte, Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften, Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte) hat folgende Erklärung erlassen:

Die Vorschläge des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft für eine bessere Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden seit einiger Zeit in einem Teil der Tages- und Fachpresse in ablehnendem Sinne erörtert, ohne daß man diese Vorschläge im einzelnen kennt. Die Mitteilungen der Presse und ebenso die Entschließungen einzelner Interessenvertretungen des Handels stützen sich im wesentlichen auf vertrauliche Verhandlungen des Kriegsausschusses, dessen Vorschläge nur unvollständig und zum Teil unrichtig wiedergegeben sind. Gegenüber diesen unzutreffenden Ausführungen und den daraus gezogenen Schlußfolgerungen erklärt der Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft, dem alle großen zentralen landwirtschaftlichen Körperschaften angehören und der seine Entschließungen nur einstimmig faßt:

1. Bei den Vorschlägen des Kriegsausschusses handelt es sich nicht um eine Anregung des Kriegsausschusses oder der in ihm vertretenen Körperschaften. Den landwirtschaftlichen Körperschaften war vielmehr von außenstehender Seite nahegelegt, Vorschläge zur besseren Ausgestaltung des Erfassungssystems und Bekämpfung des Schleichhandels unter Mitwirkung der Erzeuger und ihrer geschäftlichen Organisationen zu unterbreiten. Diesen Wünschen hat der Kriegsausschuß durch eine Denkschrift und Vorlage von Richtlinien (eines Aktionsprogramms) entsprochen.

2. In der Denkschrift wie in den Richtlinien haben sowohl der Kriegsausschuß wie besonders die in erster Linie für die Mitwirkung in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Genossenschaften auf die erheblichen Bedenken und Hemmnisse hingewiesen, die zur Zeit der Uebernahme einer so verantwortungsvollen Aufgabe entgegenstehen. Sie hielten sich aber trotzdem aus vaterländischen Gründen für verpflichtet, nachdrücklich an einer besseren Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mitzuarbeiten.

3. Die Vorschläge des Kriegsausschusses gingen nicht auf eine Beseitigung des zeitigen Erfassungssystems hinaus, sondern beabsichtigten nur die Eingliederung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und freier Erzeuger-Organisationen in das Erfassungssystem. Es sollte dadurch vor allem der den Kommunalverbänden vielfach fehlende örtliche Unterbau geschaffen werden. Hierdurch würden die amtlichen Stellen, insbesondere die Kreiskommunalverwaltungen, unter voller Wahrung ihres behördlichen Verwaltungs- und Aufsichtsrechts, von der ihnen wesensfremden geschäftlichen Tätigkeit entlastet werden. Der Kriegsausschuß ging dabei von dem Standpunkt aus, daß die Zwangsbewirtschaftung zur Zeit nicht zu entbehren ist, daß sie aber durch die freiwillige Mitarbeit und die dadurch gewährleistete bessere gegenseitige Kontrolle der Erzeuger ergänzt werden muß.

4. Eine Ausschaltung der in der Erfassung tätigen Kräfte ist in keiner Weise beabsichtigt worden, besonders ist nicht daran gedacht, den reellen Handel und die Verarbeitungsgewerbe — Müllerei und Bäckerei — auszuschalten. Eine Monopolisierung des Erfassungsgeschäfts zugunsten der Genossenschaften und der bisher schon geschäftlich tätigen landwirtschaftlichen Körperschaften war nicht vorgesehen.

5. Auf die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse kann eine derartige genossenschaftliche Mitwirkung, die nach gemeinnützigen Grundsätzen sich vollziehen würde, keinen verteuernden Einfluß haben. Die wirtschaftliche Mithilfe der Genossenschaften sollte sich uneigennützig gegen eine lediglich die Unkosten deckende Provision vollziehen.

6. Neue Zwangsbildungen hat der Kriegsausschuß grundsätzlich abgelehnt. Er wollte die freien Kräfte der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung der gesamten Volksernährung dienstbar machen. Die Erzeuger sollten deshalb nur verpflichtet sein, an die zu errichtenden Geschäftsstellen, für deren Uebernahme die landwirtschaftlichen Genossenschaften bezw. der Handel in Betracht kommen, abzuliefern.

7. Eine Entscheidung des Kriegsernährungsamtes über die überreichten Vorschläge ist in der Weise erfolgt, daß es im Sinne dieser Leitsätze erneut den Bundesregierungen die Einschaltung der landwirtschaftlichen Genossenschaften bezw. des Handels in die Erfassungstätigkeit des kommunalen Unterbaues empfohlen hat.

(Nachdruck verboten.)

Platanenallee Nr. 14

8] **Roman von Dr. P. Meißner.**

„Ich verstehe Sie nicht.“

„Sie oder wir müssen nachweisen und beweisen, daß Sie in der Zeit des Mordes nicht in der Platanenallee gewesen sein können.“

„Ich habe Ihnen doch eben erzählt, daß ich auf der Frühjahrsparade war.“

„Und wenn Sie mir das hundertmal erzählen würden, so würde das gar nichts nützen, denn Ihnen, dem unter Mordverdacht Stehenden, glaubt man nicht. Sie müssen Zeugen dafür bringen. Sie müssen Leute namhaft machen, die unter ihrem Eide aussagen können, daß Sie gestern morgen von halb zehn bis halb elf Uhr auf dem Tempelhofer Felde anwesend waren. Gelingt Ihnen oder uns dieser Nachweis, dann ist Ihr Alibi vorhanden und Sie sind von jedem Verdacht gereinigt, denn dann können Sie nicht der Mörder gewesen sein.“

„Wie soll ich das beweisen? — — Tausend Menschen haben mich gesehen und ich sie, aber ich kenne keinen von ihnen und sie kennen mich nicht, ich bin doch ganz fremd hier.“

„Das ist der schwierige Punkt, lieber Herr Cooper. Ihre Aufgabe ist jetzt einzig und allein, darüber nachzudenken: wer könnte Ihnen bezeugen, daß Sie während der Zeit, in der der Mord geschah, bei der Frühjahrsparade waren? Nur diese Aufgabe haben Sie, alles andere überlassen Sie mir und Ihrer Braut.“

„Ich sehe ein, daß es nur darauf ankommt, aber ich sehe keinen Weg.“

„Nicht voreilig, lieber Freund! Nachdenken, immer wieder nachdenken! Vielleicht fällt Ihnen doch noch irgend ein Punkt ein, der von Wichtigkeit ist.“

„Ich werde es versuchen, lieber Herr Doktor.“

„Ich muß jetzt gehen. Wenn Sie etwas an Ihr Fräulein Braut zu bestellen haben, dann sagen Sie es mir, schreiben dürfen Sie nicht.“

„Bestellen Sie die innigsten Grüße und sagen Sie ihr, wie glücklich mich ihr Vertrauen macht und daß ich guten Mutes sei, sie soll sich nicht grämen! Grüßen Sie auch Fräulein Irma von mir!“

„Soll alles bestens besorgt werden. Nun noch eins: morgen und die nächsten Tage wird man Sie verhören, bleiben Sie ganz ruhig, wenn man Sie auch mit Fragen quält! Sagen Sie offen die Wahrheit, aber hüten Sie sich vor jeder Heftigkeit, das kann Ihre Lage nur verschlechtern. Sowie ich etwas Neues habe, werde ich kommen. Herr Justizrat Seebald hat sich sofort bereit erklärt, Ihre Verteidigung zu übernehmen. Auch er ist von Ihrer Unschuld überzeugt, und er wird Sie wohl schon morgen besuchen. Ihm sagen Sie die volle Wahrheit wie mir! Und nun, leben Sie wohl!“

Wieder rasselten die Schlüssel. Ralf war allein.

* *

Als Helmstedt am Abend dieses ereignisreichen Tages in seinem Arbeitszimmer saß, überlegte er noch einmal alles, was er erlebt hatte. Er mußte sich eingestehen, daß der Fall eher dunkler als klarer geworden war. Das einzig Sichere war nach seiner Ansicht nur, daß Ralf nicht der Mörder war. Helmstedt hatte ein zu großes Vertrauen in seine Menschenkenntnis, um trotz aller Indizien noch einen Augenblick zu zweifeln. Auch die Damen, die er gleich nach seinem Besuch im Untersuchungsgefängnis aufgesucht hatte, waren seiner Ansicht, als er ihnen das ganze Benehmen, die Art zu sprechen, die Offenheit Ralfs schilderte. Was nützte das alles? Das waren subjektive Empfindungen einer Gruppe von Menschen, die nicht einmal den Vorzug der Parteilosigkeit für sich geltend machen konnten. Dem Indizienbeweis der Kriminalpolizei gegenüber galt auch die festeste Ueberzeugung nichts. Er hoffte ja, daß es ihm oder Ralf gelingen würde, den Alibibeweis zu erbringen — wie, war allerdings bis jetzt nicht zu übersehen. Wenn das aber nicht gelang, was dann? Dann trat eben einer jener traurigen Fälle ein, in denen auf einen Indizienbeweis hin ein vernichtendes Urteil gefällt wurde, das in Wahrheit ein Justizirrtum war. Solche Fälle kannte er, sie sind gar nicht so außergewöhnlich und gerade deshalb wurde ja von einer Anzahl Kriminalisten seit Jahren ein Kampf gegen den Indizienbeweis geführt.

Gelang die Entkräftung dieses Indizienbeweises ihm oder dem Verteidiger nicht, dann blieb nur übrig, den wahren Mörder zu suchen. Hatte er eine Spur? Wies ihn seine scharfe Beobachtung und die viel bewunderte Gedankenarbeit nach einer bestimmten Richtung?

Der unbestimmte, nebelhafte Verdacht, der gestern bei der ersten Untersuchung der Mordstätte sozusagen nur in seinem Unterbewußtsein aufgestiegen war, entbehrte bisher jeglicher tatsächlichen Unterlage. Es kam ihm selbst vor, als ob es nur das Resultat einer Gewohnheit wäre, besondere und ganz unwahrscheinliche Wege zu wandeln, um einem Verbrechen auf die Spur zu kommen. Diese Gewohnheit hatte sich bei ihm so ausgebildet, weil er ein paarmal einen ganz überraschenden Erfolg erzielt hatte. War sie aber nicht eigentlich ein Fehler? Helmstedt war sich selbst gegenüber kritisch genug, um zu zweifeln.

Aber es war ja noch eine andere viel deutlichere Spur da: Jakob. Dieser verschlagene Diener, der zu wissen schien, was der Tod seines Herrn für ihn bedeutete, erschien ihm jetzt in einem ganz eigenen Lichte. Mit dem Tod des Kammersängers begann für Jakob eine Zeit der Bequemlichkeit. Er brauchte nicht mehr zu arbeiten, denn die Güte seines Herrn gewährleistete ihm ein für seine Verhältnisse mehr wie auskömmliches Leben. Ja noch mehr, es setzte ihn in den Besitz eines Kapitals, dessen Höhe auch bei äußerster Sparsamkeit in seinem Beruf niemals erreicht worden wäre. Alles das unter der Voraussetzung, daß die von Jakob gemachten Angaben über Ribbentrops Testament der Wahrheit entsprachen. Das würde ja die auf den morgigen Vormittag angesetzte Testamentseröffnung ergeben. Waren die Angaben richtig, dann hatte allerdings Jakob allen Grund, eine Testamentsänderung zu fürchten. Ja er hatte auch das größte Interesse daran, daß sein Herr so bald als möglich das Zeitliche segnete, denn desto früher begann seine Freiheit und materielle Unabhängigkeit.

Jakob war kein offener Charakter, das mußte jeder merken, der ihn in den letzten zwei Tagen beobachtet hatte. Daß er Grund hatte, einen Haß auf Ralf zu haben, war auch klar, denn gerade solche Leute vergessen die durch eine Züchtigung erlittene Beleidigung nicht, da ihre Stellung es ihnen unmöglich macht, sich zu wehren oder befriedigende Vergeltung zu üben. Es war also durchaus verständlich, daß er die Gelegenheit mit Wonne ergriff, den verhaßten Mexikaner dadurch zu strafen, daß er ihn in den Verdacht des Mordes brachte, zumal er ja auch seine Herrin, Lilly, dann am empfindlichsten traf. Und daß er auf dieses Mädchen, die, als elternlose Waise ins Haus gekommen, so emporgestiegen war, neidisch war und ihr das eroberte Glück nicht gönnte, war mehr als wahrscheinlich. Bei ruhiger Ueberlegung mußte sich Helmstedt eingestehen, daß die Motive zum Mord bei Jakob durchaus wahrscheinlich waren, ob er allerdings als Persönlichkeit der Mann danach war, eine solche Tat zu vollbringen, war eine andere Frage. Warum hatte Jakob am Morgen des Mordes, als er mit Marie zur Rolle ging und bei Schaffer plauderte, plötzlich das Milchgeschäft verlassen, und war erst nach einer halben Stunde sichtlich erregt zurückgekommen?

Genug, die Spur lohnte sich schon einer weiteren Verfolgung. Er freute sich jetzt, daß er bereits gestern an das Polizeipräsidium in Chemnitz geschrieben hatte mit der Bitte, alles Auffindbare über den Jakob Gadubeit, der dort in Stellung gewesen war, ihm mitzuteilen. Morgen schon konnte er Antwort haben und dann würde man vielleicht aus der Vergangenheit dieses Menschen Schlüsse darauf ziehen können, was er bei dem Fall Ribbentrop für eine Rolle gespielt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191803061-11/fragment/page=0003
DFG

Aus Halle und Umgebung

Halle, 6. März.

Zum Tode von Prof. Walter Gebhardt

Der ausgezeichnete Gelehrte, dessen Tod wir bereits kurz mitgeteilt haben, ist am 22. März 1870 in Breslau geboren, besuchte 1876—1889 das Johannes-Gymnasium daselbst, studierte Ostern 1889 bis Ostern 1892 in Breslau und Berlin, bestand am 18. Februar 1891 das Physikum, wurde am 15. Februar 1894 in Breslau approbiert und promovierte am 31. Dezember 1894 in Breslau mit einer Dissertation über „Die Bastardierung von Rana esculenta und Rana arvalis“ zum Dr. med. Ostern 1984/95 war er Volontär-Assistent am Pathologischen Institut in Breslau, Ostern 1895/96 Assistent an der Chirurgischen Klinik daselbst, Ostern 1896 bis August 1897 Assistent an der histologischen Abteilung des Physiologischen Instituts ebenda, August 1897 bis Michaelis 1899 wissenschaftlicher Mitarbeiter von Carl Zeiß' optischer Anstalt in Jena in der Abteilung für Mikroskopie„ Mikrophotographie und Projektion, seit Michaelis 1899 Volontär-Assistent und seit Ostern 1900 Assistent am Anatomischen Institut der Universität Halle unter Prof. Wilh. Roux. Am 2. März 1901 habilitierte er sich an unserer Universität (Antrittsverlesung über funktionelle Anpassung), wurde am 1. Jan. 1903 Prosektor und Abteilungsvorstand der histologischen Abteilung des Anatomischen Instituts hier, erhielt am 6. August 1906 den Professortitel und wurde am 13. September 1907 zum außerordentlichen Professor für Anatomie an unserer Universität ernannt. Am 27. Oktober 1905 ernannte ihn die Kaiserl. Leopoldinisch-Carolinische Akademie der Naturforscher in Halle zu ihrem Mitgliede, und vor kurzem wurde ihm die Hermann Meyer-Medaille als Anerkennung für seine Untersuchungen über den Bau und die Entwicklung der Knochen verliehen.

Zahlreiche fachwissenschaftliche Aufsätze zum Teil größeren Umfanges veröffentlichte der Verstorbene in der „Zeitschrift für wissenschaftliche Mikroskopie“, in Virchows „Archiv für pathologische Anatomie“, in der Internationalen photographischen Monatsschrift für Medizin“ und in mehreren anderen Fachzeitschriften, vor allem auch in dem von seinem Lehrer Prof. Wilh. Roux begründeten und herausgegebenen „Archiv für Entwicklungsmechanik der Organismen“. Als Band 30 des „Archivs“ erschien 1910 in zwei Teilen eine „Festschrift für Prof. Roux“ zu dessen 60. Geburtstage, die von Gebhardt herausgegeben worden ist.

Neue Bestimmungen über Notreifeprüfungen

Der Kultusminister hat über die Abhaltung von Notreifeprüfungen und vorzeitige Versetzung für die Zeit nach Ostern unter dem 25. Februar folgende neuen Bestimmungen erlassen:

Die Schüler, über deren regelrechte Versetzung nach Oberprima entschieden ist, werden zur Notreifeprüfung zugelassen, wenn ihnen infolge der Einberufung ihrer Jahresklasse der Gestellungsbefehl zugegangen ist. Das Reifezeugnis erhalten sie nach der tatsächlichen Einstellung. Im gleichen Falle wird das Versetzungszeugnis für die folgende Klasse den regelrecht nach Unterprima und Obersekunda versetzten Schülern gegeben, wenn feststeht, daß sie am Schlusse des Schuljahres wahrscheinlich die Reife für die nächste Klasse erreicht hätten. Dagegen erhalten regelrecht nach Untersekunda Versetzte das Notschlußzeugnis bzw. Zeugnis für Obersekunda nur, wenn sie entweder zwei Monate in Untersekunda gesessen, oder eine Notschlußprüfung abgelegt haben; bei sechs Studienanstalten nur im zweiten Falle. Alle diese Vergünstigungen gelten auch für Schüler, die nach Einberufung ihrer Jahresklasse als Fahnenjunker eintreten; sie können indessen nur dann auf Befreiung von der Fähnrichsprüfung rechnen, wenn sie mindestens zwei Monate in Unterprima gesessen haben. Fahnenjunker, Veterinäraspiranten und Anwärter auf die Laufbahn der höheren Marinebaubeamten, die eintreten, bevor ihre Jahresklasse einberufen ist, können, wenn sie regelrecht nach Oberprima versetzt sind, vom 1. Juni ab zur Notreifeprüfung zugelassen werden; sind die Fahnenjunker regelrecht nach Unterprima versetzt, so können sie vom selben Zeitpunkt ab vorzeitig nach Oberprima versetzt werden, wenn si wahrscheinlich mit Ablauf des Schuljahres die Reife für diese Klasse erlangt hätten. Dagegen darf Obersekundanern, die für die Laufbahn als Marinezahlmeister oder Marineingenieur angenommen sind, auch dann die Reife für Unterprima vom 1. Juni zuerkannt werden, wenn ihre Jahresklasse noch nicht einberufen ist.

Schüler über 17 Jahre, die auf Anfordern des Kriegsamtes durch Vermittlung ihrer Schule in den vaterländischen Hilfsdienst eintreten und mindestens 2 Monate am Unterricht der Oberprima teilgenommen haben, sind zur Notreifeprüfung zugelassen und erhalten das Reifezeugnis erst am 1. April 1919, wenn sie bis dahin im Hilfsdienst geblieben sind. Andernfalls müssen sie nach Rückkehr zur Schule die regelmäßige Reifeprüfung ablegen. Wenn die Schüler noch nicht zur Oberprima gelangt sind, werden sie ohne Zeugnis beurlaubt und erhalten das Zeugnis über die vorzeitige Versetzung in die nächst höhere Klasse zur selben Zeit, wie bei weiterem Besuch der Anstalt. Schüler der Untersekunda, die über 17 Jahre alt sind, dürfen nur dann nach Obersekunda versetzt werden, wenn sie ihrer Klasse zwei Jahre angehört haben.

Den im landwirtschaftlichen Hilfsdienst verwendeten, über 17 Jahre alten Schülern werden dieselben Vergünstigungen gewährt, indessen müssen sie nach Ablauf ihres Hilfsdienstes wieder in die Schule zurückkehren. Die Schule hat besondere Veranstaltungen zu treffen, um die entstandenen Lücken nach Möglichkeit auszufüllen . Bei Versetzungen und Prüfungen ist auf die Lücken Rücksicht zu nehmen.

Erhöhung des Wasserpreises

Auf Grund der §§ 4 und 7 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 wird vom Magistrat folgender Nachtrag zur vorbezeichneten Gebühren-Ordnung für Benutzung der städtischen Wasserleitung erlassen:

Artikel I. Der § 1 der genannten Ordnung erhält folgende Fassung: „Für die Benutzung der städtischen Wasserleitung wird eine Gebühr von 18 Pfg. für 1 Kubikmeter Wasser erhoben.“

Artikel II. Dieser Nachtrag tritt mit der ersten Wassermesserablesung nach dem 1. April 1918 in Kraft.

— **Von der Städt. Studienanstalt.** Am 4. und 5. März fand unter dem Vorsitz des Geh. Regierungs- und Provinzialschulrats Dr. Brinckmann aus Magdeburg die diesjährige Reifeprüfung statt. Sämtliche 26 Oberprimanerinnen bestanden die Prüfung, und zwar: Anneliese Augustin, Emmy Beamish-Bernard, Gerda von Dresler und Scharfenstein aus Magdeburg, Else Eichler aus Delitzsch, Gerda Harms aus Merseburg, Anneliese Hartenstein aus Ammendorf, Saalkreis, Felicitas Haustein, Irmgard Haustein, Anna Maria Heimann aus Dittersbach, Kreis Sagan, Anneliese Herr, Charlotte Heuber, Gertrud Hildebrandt, Erna Hülsner, Elisa Jahr, Eva Keil, Eva Klindsiek, Charlotte Krüger, Grete Landau, Margarete Rebe, Luise Pieper aus Dürrenberg, Kr. Merseburg, Annemarie von Roques, Katharina Sander, Johanne Siemens, Lieselotte Sigismund, Elsbeth Ulrich und Marie Ziehen. Die Oberprimanerinnen Eichler, Harms, Felicitas Haustein, Irmgard Haustein, Jahr, Keil, Rebe, Siemens und Ulrich wurden von der mündlichen Prüfung befreit. Die meisten der Abiturientinnen werden sich dem Studium der Medizin, der Nationalökonomie, der Philologie und der Naturwissenschaften zuwenden.

— **Ernennung von Oberlehrern zu Professoren.** Der neulich mitgeteilte Kaiserliche Erlaß, durch den für die älteren Oberlehrer die Amtsbezeichnung Studienrat angeordnet wurde, ist durch eine ministerielle Verfügung ergänzt worden, nach der Oberlehrer, Studienräte und Direktoren für hervorragende wissenschaftliche Leistungen durch den Professortitel ausgezeichnet werden sollen; die Direktoren haben sofort die nötigen Vorschläge zu machen. Diese Vorschläge werden sicher recht umfangreich werden, da das wissenschaftliche Streben unter den Oberlehrern unbezweifelt ist und die Grenzen für die Vorschläge der Direktoren recht weit gezogen sind; auch ist es ja nur natürlich, daß jeder Direktor bestrebt sein wird, in möglichst viel Ernennungen zu Professoren den an seiner Anstalt lebendigen wissenschaftlichen Geist hervortreten zu lassen. So dürfte denn eine ganze Reihe derjenigen, die sich eben erst mit gemischten Gefühlen vom Professor zum Studienrat gehäutet haben, in kurzem sich in der glücklichen Lage sehen, beide Titel nebeneinander führen zu dürfen.

— **Reichstagung der kaufmännischen Angestellten.** Die „Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände“, der alle größeren Vereine der kaufmännischen Angestellten mit insgesamt ungefähr 600 000 Mitgliedern angehören, hat für Sonntag, den 10. März, eine „Reichstagung der kaufmännischen Angestellten Deutschlands“ nach Berlin einberufen. Die Tagung findet im großen Sitzungssaale des Preußischen Abgeordnetenhauses statt. Es sollen behandelt werden die Forderung nach einer gesetzlichen Berufsvertretung (Kaufmannskammern), die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer und die Regelung der Gehaltsverhältnisse.

Kriegerverein Alemannia hält am Freitag abends 8 Uhr seine Monatsversammlung im Vereinslokal ab.

Börsen- und Handelsteil

Die Lage am Rohstoffmarkt

Die Londoner „Morning Post“ vom Ende Februar bringt einen längeren Artikel über die Lage einiger wichtiger Rohstoffe, der den Einfluß deutlich erkennen läßt, den der deutsche U-Bootkrieg bei der Versorgung und Preisbildung ausübt. Wir entnehmen dem Artikel folgende Angaben:

Kupfer.

Trotz der großen Verschiffungsschwierigkeiten treffen reichliche Zufuhren in England ein, so daß zur Zeit keinerlei Besorgnisse hinsichtlich der Deckung des andauernd starken Verbrauches in England, sowie der Anforderungen der anderen Verbandsländer, für die große Mengen zurückgestellt wurden, bestehen. Der Preis für Standard-Kupfer blieb unverändert auf 110 Pfund bis 110 Pfund 10 sh. Die Gerüchte über die Möglichkeit einer Neuregelung des amerikanischen Höchstpreises sind augenscheinlich unbegründet, und man nimmt als sicher an, daß dieser (23½ cents) bis Ende Juni unverändert in Kraft bleiben wird. Aus diesem Grunde herrscht beim Konsum geringere Neigung, sich durch Käufe auf Lieferung einzudecken. Das zwischen den amerikanischen Produzenten und dem Kriegsindustrierat getroffene Abkommen dürfte bestimmt die Produktion in starkem Fluß erhalten. Die meisten amerikanischen Kupferminen trachten danach, ihren Betrieb zu vergrößern, aber der Zustand der Bergwerke soll im allgemeinen weniger gut sein, als vor dem Kriege.* Die Produktionsfähigkeit der Raffinerien hingegen ist im Laufe des Jahres 1917 weiter gestiegen und beträgt jetzt etwa 1 227 000 To. im Jahre. Kohlenmangel beeinträchtigte auch letzthin den Betrieb der Bergwerke und Raffinerien, scheint sich aber entschieden zu bessern. Ein New-Yorker Fachmann beziffert die Gesamtproduktion der Welt an Kupfer im Jahre 1917 auf 1 413 056 To. gegen 1 406 353 To. bezw. 1 083 730 To. in den beiden vorhergehenden Jahren.

Zinn.

Es sollen weitere Beschränkungen im Verkehr mit Zinn eintreten, von denen man im allgemeinen eine günstige Wirkung auf den Markt erhofft. Die Meldung von dem Verluste einer großen — zur Erfüllung laufender Kontrakte mit den Verbrauchern bestimmten — Zinnladung, verursachte beträchtliche Beunruhigung. Die Preise für Kassa-Zinn stiegen auf 305 Pfund, und später angesichts der außerordentlichen Zurückhaltung der Verkäufer auf 323 Pfund, eine Steigerung, wie sie kaum je zu verzeichnen war. Da auch die Preise im Osten eine ähnliche Bewegung aufwiesen, so erreichte englisches Zinn schließlich einen Preis von 330 Pfund. Die sichtbaren Bestände der Welt weisen eine geringfügige Steigerung auf, was aber den Markt keineswegs beeinflußte. Angesichts der sehr geringen Zufuhren in England und der bedrohlichen Verschiffungsaussichten machte die Deckung der Nachfrage beträchtliche Schwierigkeiten.

Eisen und Stahl.

Die Ausfuhr nach den Verbandsländern mußte weiter eingeschränkt werden; der Ueberseehandel in Fertigwaren ist lahmgelegt, da die Regierung sich trotz aller Vorstellungen nicht zu einer weniger schroffen Stellungnahme entschloß. Mangel an Eisenbahnwagen und an Schiffsraum machen sich weiter sehr störend geltend. Die Arbeiterverhältnisse in den Midlands und in Wales haben sich gebessert. Die Nachfrage nach gemeinem Clevelandgießereieisen konnte trotz der Transportschwierigkeiten einigermaßen befriedigt werden. Aber der Steigerung der Clevelandeisen-Produktion ist durch Umstellung verschiedener Werke auf die Herstellung von Gießereieisen ein Ende gesetzt worden. Großer Mangel herrscht an Hämatiteisen von der Ostküste. Den Stahlwerken in Sheffield sind große Ungelegenheiten dadurch entstanden, daß die Herstellung von Bessemer-Stahl zu Gunsten von Siemens-Stahl auf Befehl der Regierung verringert werden mußte. Der Mangel an halbfertigem Stahl für nicht mit der Kriegsindustrie in Verbindung stehende Zwecke macht sich immer schärfer geltend. Da auch amerikanisches Material kaum zu beschaffen ist, so begegnen die Fabrikanten großen Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer laufenden Kontrakte. Man sprach von einem Versuche der Regierung, weitere Zufuhren aus Amerika zu beschaffen, doch sind die Aussichten in dieser Richtung wenig hoffnungsvoll. Die langerwartete Erhöhung des Preises für „unmarked“ Stahlstangen ist eingetreten. Der Preis beträgt jetzt 13 Pfund 17 sh. 6 pence f. o. t. (frei Eisenbahnwagen) an der Fabrik gegen bisher 13 Pfund 15 sh.

Kautschuk.

Der Markt steht unter dem Zeichen der verschiedensten Schwierigkeiten, obwohl sich die Preise einigermaßen behaupteten. Deprimierend wirkte in erster Linie die Lage der Märkte im Osten, hauptsächlich Singapore, wo die Verkäufer wegen des Schiffsraummangels in steigendem Maße auf die amerikanische Nachfrage angewiesen sind. Diese ist aber trotz der niedrigen Preise nur schwach. Auch das Anwachsen der Bestände in England übte seine Wirkung auf den Markt. Schließlich machte sich auch die Einstellung der Ausfuhr nach Rußland abschwächend bemerkbar. Die Verabfolgungen von Kautschuk in London aus den Lägern überstiegen die 1474 To. betragenden Zufuhren im Januar um 700 To. Die Bestände betrugen somit 11 075 To., gegen 10 792 To. zur gleichen Zeit des Vorjahres. Unter Einrechnung der zurückgekommenen (wohl für Rußland bestimmt gewesenen) Liverpooler Mengen im Höhe von 1064 To. stellten sich die Bestände in London und Liverpool zuammen auf 12 139 To. gegen 11 838 To. zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die beträchtlichen Vorräte von Plantagenkautschuk in Liverpool sind darin aber nicht einbegriffen. Gegen Ende des Berichtszeitabschnittes verursachte die Nachricht von dem Verluste einer ziemlich großen Ladung Kautschuk eine leise Steigerung der Nachfrage. Auch die schlechten Verschiffungsmöglichkeiten aus den Häfen im Osten dürften eine festigende Wirkung auf die Preise ausüben. Der Markt in brasilianischem Kautschuk blieb völlig flau; der Preis für feinen, harten Para ist im Verhältnis zu bestem Plantagenkautschuk ziemlich hoch.

Baumwolle.

Der Preisunterschied für Baumwolle in Amerika und in England kann den ruhigsten Mann nervös machen: Die Transportkosten betrugen früher ¼ Penny für das Pfund (453 g), jetzt stellen sie sich aber auf 8 Pence. Der Preis hängt somit nicht von den sonst maßgebenden Faktoren ab, sondern einzig und allein von den gewaltigen Schwierigkeiten des Transportes über den Atlantischen Ozean. Da doch immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß letztere sich verringern, so könnte die Fracht unter Umständen auf nur 4 Pence zurückgehen, und man sollte meinen, daß darin ein Anreiz zum Verkaufen läge. Aber unglücklicherweise haben die Verkäufer nicht freie Hand, da die Spekulation durch die Regierungsmaßnahmen ausgeschaltet ist. Somit ist die Regierung an den hohen Preisen mitschuldig. Die in England verfügbaren Bestände sollen schätzungsweise bei dem jetzigen Umfange des Spinnereibetriebes für etwa 3 Monate ausreichen. Dabei sind allerdings 200 000 schwimmende Ballen mitgezählt, und es dürfte einigermaßen optimistisch sein, damit zu rechnen, daß diese alle wirklich ankommen. Da über die Verteilung der Bestände nichts verlautet, so dürfte zu erwarten stehen, daß sich viele Verbraucher eines Tages im Besitze beträchtlicher Mengen befinden, während andere leer ausgehen. Ueber die Ernteaussichten lagen keine Nachrichten vor, die den Markt beeinflußt hätten. Alles hängt von den Verschiffungsschwierigkeiten ab, die anscheinend ihren Höchststand noch nicht erreicht haben. So hochgradig wünschenswert es sein würde, wenn diese Schwierigkeiten sich vor der neuen Ernte abschwächen ließen, so zweifelhaft erscheint dies zur Zeit. Der Markt in Manchester blieb bei behaupteten Preisen außerordentlich still. An Garnen und Stoffen, die aus alten Baumwollbeständen hergestellt werden, wird schwer verdient. In Uebereinstimmung mit dem Verband der Baumwollspinner ist ein amtlicher Preis für die bei Herstellung von Aufträgen des Kriegsamtes verwendeten Garne festgesetzt worden. Ob diese Maßnahme aber die sonstige Marktlage beeinflussen wird, steht dahin.

Schellack

stieg unentwegt weiter und erreichte fast 500 sh. pro cwt. für gewöhnliche „T. N. Orange“". Feinere Sorten sind so gut wie gar nicht zu beschaffen und notieren 525 sh. Angesichts der dauernd sich verringernden Bestände und des fast völligen Ausbleibens der Zufuhren aus Kalkutta kann die Nachfrage nur zum Teil gedeckt werden. Die Marktnotierungen sind fast ausschließlich nominell; der gewaltige Unterschied der Preise in Kalkutta und in England ist außerordentlich unerfreulich.

Börsenstimmungsbild

Berlin, 5. März. An der Börse erhielt sich bei stillem Verkehr die feste Grundstimmung, die sich im Verlaufe in der Kursbesserung einiger Schiffahrts- und Montanwerte, wie Hamburg-Südamerikaner und Laurahütte deutlicher ausprägte. Elektrizitätswerte lagen ebenso wie Daimler etwas schwächer, Rheinmetall zogen später kräftig an. Der Rentenmarkt bewahrte festes Aussehen, sowohl für heimische als auch für russische und österreichisch-ungarische Werte.

Produktenbericht.

Berlin, 5. März. Im heutigen Produktenverkehr lagen keine besonderen Anregungen vor. Saathülsenfrüchte sind andauernd stark begehrt, können indessen von den Händlern nicht beschafft werden. Die übrigen Sämereien sind nur in geringem Maße angeboten, namentlich Serradella, Rotklee und Grassamen waren in größeren Posten vergeblich gesucht. Was herankommt ist meist schon vorher disponiert. Das Fehlen von Heu und Stroh wird andauernd für unangenehm empfunden, um so mehr als auch von Ersatzstoffen sehr wenig zur Verfügung steht. Wetter: schön.

* **Hirsch Kupfer- und Messingwerk Akt.-Ges.** in Berlin. In der Sitzung des Aufsichtsrats wurde beschlossen, der zum 26. März einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, den Reingewinn für 1917 in Höhe von 5 332 345 M. (im Vorjahre 4 969 690 M.) wie folgt zu verteilen: 20 Proz. Dividende gleich 3 Mill. M. auf das erhöhte Aktienkapital von 15 Mill. M. (20 Proz. gleich 2 Mill. M. auf 10 Mill. M.), dem Reservefonds II 250 000 M. (beiden Reservefonds 1 Mill. M.), der Beamtenversorgungskasse und verschiedenen Kriegswohlfahrts- und allgemeinen Zwecken 1 (1) Mill. M. und an die Talonsteuerrücklage 18 000 M. (20 000 M.), statutenmäßige Tantieme des Aufsichtsrats 274 643 M. (185 496 M.) und den Rest von 769 702 M. (764 196 Mark) auf neue Rechnung vorzutragen. Der Betriebsüberschuß des Geschäftsjahres 1917 stellt sich auf 9 664 247 M. (8 158 785 M.), die allgemeinen Geschäftsunkosten betragen 3 774 122 M. (2 758 571 M.), die Abschreibungen 557 779 M. (430 533 M.).

Vermischtes

Berliner Schutzmann von Einbrechern erschossen

Berlin, 5. März. In der vergangenen Nacht gegen 1½ Uhr wurde der Schutzmann Heuser in der Turmstraße vor dem Hause Nr. 13 mit einer Schußwunde in der linken Brustseite schwerverletzt und besinnungslos von Passanten aufgefunden. Ein anderer Beamter und mehrere Zivilpersonen schafften Heuser in einer Elektrischen nach dem Krankenhause Moabit, wo er bald nach seiner Aufnahme verstarb. Der Beamte befand sich in bürgerlicher Kleidung und hatte den Bewachungsdienst von Privatfirmen übernommen. Es ist nun anzunehmen, daß er in der Wilsnackerstraße Einbrechern auf der Spur gewesen und von diesen niedergeschossen worden ist. Der in kurzer Entfernung stehende Militärposten hat gesehen, wie kurz nach dem Schuß ein mittelgroßer Mann mit hellem Schlapphut von der Turmstraße her in die Bandelstraße einbog und dort verschwand. Eine nähere Beschreibung des mutmaßlichen Täters kann nicht gegeben werden. Das Polizeipräsidium hat auf die Ermittlung des oder der Täter eine Belohnung von 3000 Mk. ausgesetzt.

Wetterbericht

Im südwestlichen Deutschland sind gestern verbreitetere, in den mittleren Landesteilen strichweise leichtere Regenfälle aufgetreten. Heute hat sich indessen zumeist wieder Aufklären eingestellt. Das milde Wetter dauert fort, nur im Südwesten und äußersten Osten kamen leichtere Nachtfröste vor. Aussichten für Mittwoch: Heiter, trocken, tagsüber warm.

Verantwortlich:

für den politischen Teil: Dr. **Hans Simon**; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: **Georg Fernandes**; für Oertliches und den übrigen Teil: **Adolf Meyer**; für den Anzeigenteil: **Otto Kreibohm**, sämtlich in Halle.

Alle Zuschriften in Bezugs- und Anzeigenangelegenheiten sind nur an die „Geschäftsstelle der Halleschen Zeitung“ zu richten, dagegen die Schriftleitung betreffende Zuschriften nur an die „Schriftleitung der Halleschen Zeitung“.

Bei unverlangten Einsendungen übernimmt die Schriftleitung keinerlei Gewähr für Aufbewahrung oder Rücksendung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191803061-11/fragment/page=0004